

mittendrin

Ausgabe 11 / 2013 • Information des Bezirksvorstandes und der BVV-Fraktion DIE LINKE Berlin-Mitte | Tiergarten | Wedding

Wellcome Refugees, willkommen Asylsuchende

in der neuen Notunterkunft in Moabit! Hilfe statt Hassparolen

Mit einem „Willkommensfest für die neue Nachbarschaft“ mit Musik, einem großen Büfett und vielen Gesprächen ist am ersten Novemberwochenende die neue Notunterkunft für Flüchtlinge in der Alt-Moabit 82 B nun offiziell eingeweiht worden.

Viele der rund 130 Asylsuchenden, darunter aus Nordafrika, Irak, Syrien, Afghanistan, Bulgarien und Tschetschenien, die seit Mitte September in dem Gebäude des ehemaligen Vermessungsamtes Berlin-Mitte ankamen, hatten dabei erste Kontakte mit Anwohnern, Ladeninhabern, Vertretern von Vereinen und Organisationen.

Sie sind wie Zehntausende anderer Frauen, Kinder, Männer, ganzer Familien vor Krieg, Verfolgung und Hunger in ihren Heimatländern geflohen. Besonders in den letzten Monaten ist die Zahl der Asylanter

in Europa, in Deutschland, in Berlin immens angewachsen. Angesichts der angespannten Unterbringungssituation in den Erstaufnahmeeinrichtungen der Hauptstadt hat sich das Landesamt für Gesundheit und Soziales kurzfristig zur Errichtung der zweiten Notunterkunft in Berlin-Mitte entschlossen.

Mit vielen Ideen, Organisationstalent und Muskelkraft setzte Steffen Kühn, der Leiter der Unterkunft vom Betreiber Arbeiter-Samariter-Bund Nothilfe Berlin gGmbH, zusammen mit seinen Mitarbeitern alles daran, aus dem Verwaltungsbau eine wohnliche Zufluchtsstätte für die Schutz- und Hilfesuchenden zu machen. „Dank vieler ehrenamtlicher Helfer, umfangreicher Spenden, darunter vom Bezirksvorstand Berlin-Mitte der LINKEN, Benny Yildiz und dem Tian Gong Institut, und der



Straße Alt-Moabit 82 B

Foto: M.Herold

Unterstützung durch soziale Projekte in Moabit konnten wir die Menschen im Alter

Fortsetzung auf Seite 3 ▷

Der Tisch und die beiden Stühle am Koppenplatz

Berliner Geschichte hat das Gesicht der Stadt an vielen Orten geprägt. Manche sind zu Stätten der Erinnerung geworden, schweigende Mahnmale, die Vorübergehende aufmerksam machen wollen. Irene Runge begegnete ihnen bei ihrem herbstlichen Stadtspaziergang.

Fortsetzung auf Seite 6 ▷

Hellersdorf? Darf in unserem Kiez nicht passieren!

Das beschloss Diana Henniges, als sie von den schäbigen Attacken hörte, die einige Einwohner dort gegen Flüchtlinge in Gang gebracht hatten. Sie wollte solche leidgeprüften Menschen in ihrem Wohngebiet willkommen heißen. Wie das ging, erfuhr Matthias Herold.

Fortsetzung auf Seite 5 ▷

Wählerauftrag landete nicht “auf der langen Bank”

Bewohner der Fischerinsel zeigten ihrer Abgeordneten Carola Bluhm 2012 bei einem gemeinsamen Spaziergang die dreieinhalb altersschwachen Parkbänke am Ufer. Carola versprach, sich zu kümmern. Seit Oktober stehen dort rund zwanzig neue Parkbänke.

Fortsetzung auf Seite 7 ▷

+++ weitersagen +++ +++ weitersagen +++ +++ weitersagen +++ Weitersagen +++ weitersagen +++

3. Tagung des 4. Landesparteitages

am 23. November 2013 im Wista-Veranstaltungszentrum,

Rudower Chaussee 17, 12489 Berlin

Tagesordnung unter <http://lpt.die-linke-berlin.de/>

DIE LINKE.

Bezirksverband Mitte

Kleine Alexanderstr. 28, 10178 Berlin
Tel.: 030 / 240 09-336, Fax -337
Mo. bis Mi. 9–16.30 Uhr,
Do. bis 19 Uhr, Fr. bis 14.30 Uhr

„Aufstocker“ im Jobcenter Mitte und sittenwidrige Bezahlung

Als „Aufstocker“ werden umgangssprachlich oft Personen bezeichnet, die für ihre Beschäftigung ein so geringes Einkommen erhalten, dass sie ergänzend finanzielle Unterstützung beim Jobcenter erhalten müssen.

zwischen 25 und 55 Jahren. Die große Mehrzahl der „Aufstocker“ war und ist in Minijobs mit einem Bruttoeinkommen von weniger als 450 Euro beschäftigt. Nur 1.181 Personen bezogen ein Bruttoeinkommen von mehr als 1.200 Euro. Verschafft man



Immer mehr Beschäftigte in Berlin-Mitte müssen beim Jobcenter „aufstocken“

Die Zahl dieser Menschen ist im Bezirk Mitte in den letzten fünf Jahren angestiegen, wie eine Anfrage der Fraktion DIE LINKE an das Bezirksamt verdeutlicht (Drs. 0543/IV).

Konnten im Februar 2008 13.240 Personen von ihrem Job nicht leben, stieg die Zahl in 2013 auf 16.862 an. Davon waren über die Hälfte männlich (58,4 %) und im Alter



Seit kurzem prägt „Der Mensch, das Maß aller Dinge“, das großformatige und farbenreiche Wandbild Walter Womackas, das Wohnensemble an der Berliner Friedrichsgracht. Mit dem Abriss des DDR-Bauministeriums von der Vernichtung bedroht, wurde es von Freunden Womackas gerettet. Dank der Unterstützung der WBM fand es nun hier seinen neuen Wirkungsplatz. Menschliches Handeln anmahnd grüßt es hinüber zum vielenstrigen nunmehrigen Außenministerium. Das hätte auch Walter Womacka gefallen, der sich stets auch als politischer Künstler verstand.

Siegfried Wein

sich einen Überblick, in welchen Branchen diese Menschen tätig sind, werden am häufigsten die Branchen Gastgewerbe, Handel, Instandhaltung und Reparatur von Kfz, wirtschaftliche Dienstleistungen (ohne Reinigungsdienste) und Gesundheits- und Sozialwesen genannt. Jeder Fünfte der sozialversicherungspflichtig beschäftigten „Aufstocker“ arbeitete im November 2012 im Gastgewerbe. Selbständige oder freiberufliche Tätigkeiten der erwerbstätigen Arbeitslosengeld-II-Bezieher werden statistisch nicht erfasst.

Wir fragten nach sittenwidrigen Bezahlungen und der Anzahl der erfassten Verdachtsfälle in den vergangenen fünf Jahren. Das Jobcenter Mitte führt dazu keine Statistik. Es sei – so die Mitteilung – sehr schwer, Sittenwidrigkeit bei Entlohnung nachzuweisen. Die Vergütung müsse in einem auffälligen Missverhältnis zur Arbeitsleistung stehen und durch Ausnutzung der Zwangslage des Arbeitnehmers zustande gekommen sein. Auf Schätzungen beruht die Zahl von fünf bis zehn jährlichen Verdachtsfällen, Fälle der Prüfung und Ahndung sind nicht bekannt.

Regelmäßig arbeiten zu gehen und trotzdem vom Jobcenter abhängig zu sein, ist bitter und auf Dauer nicht zu akzeptieren. Allein im Bezirk Mitte sind fast 17.000 Menschen davon betroffen. Ein gesetzlicher Mindestlohn, wie ihn die LINKE fordert, ist dringend notwendig. Allerdings, das bestätigt auch die Antwort des Bezirksamtes, ein Mindestlohn

Ergebnisse der BVV

► Anfragen u.a.

Welche Kenntnis hat das Bezirksamt über die aktuelle Situation der Flüchtlinge vom Brandenburger Tor? Von welcher Fachstelle wurde das Bemühen des Bezirksamtes abgelehnt, humanitäre Unterstützung für die Flüchtlinge durch die Malteser in der Nähe des Pariser Platzes in Form medizinischer Hilfe und der Möglichkeit für kurzzeitiges Aufwärmen zu organisieren? Welche Begründung gab es für die Ablehnung, und teilt das Bezirksamt diese Auffassung?

DIE LINKE 1105/IV

Wieviele Eltern mit Asylbewerberstatus haben in den letzten Wochen und Monaten in Mittes Jugendamt einen Kitagutschein beantragt und wieviele von ihnen haben auch einen erhalten? Teilt das Bezirksamt die Auffassung, dass Kinder von Flüchtlingen den gleichen Rechtsanspruch auf einen Kitaplatz haben wie andere Kinder unseres Bezirks auch? Welche Zusammenarbeit gibt es zwischen dem Bezirksamt und den Ansprechpartnern in den Notunterkünften?

DIE LINKE 1096/IV

Wie bewertet das Bezirksamt die Einschätzung des Senats, dass der Bezirk Mitte in der kinderärztlichen Versorgung mit 146 % überausgestattet sei? Gilt diese Einschätzung nach Meinung des Bezirksamtes für alle Bezirksregionen bzw. wo sieht es Versorgungsdefizite? Welchen Handlungsbedarf sieht das Bezirksamt, um die kinderärztliche Versorgung in Mitte auch angesichts der sozialen Lage der Familien und in Übereinstimmung mit den besonderen Anforderungen einer multikulturellen Einwohnerschaft kurz-, mittel- und langfristig zu sichern?

DIE LINKE 1067/IV

von nur 8,50 Euro würde lediglich im Fall von 1-Personen-Haushalten eine Garantie geben, durch seine Erwerbstätigkeit von ergänzenden Leistungen des Jobcenters unabhängig zu sein. Alle müssen von ihrer Erwerbsarbeit leben können. Deshalb: flächendeckender Mindestlohn in Höhe von zehn Euro, keinen Aufwuchs von Minijobs, befristeten Stellen und Beschäftigung, von der man nicht leben kann.

Elke Reuter

Nach der Wahl ist vor der Wahl

Matthias Höhn, Bundesgeschäftsführer der LINKEN im Gespräch auf dem Basistreffen in Berlin-Mitte

Matthias Höhn: Ich möchte mich zunächst sehr herzlich für den engagierten Wahlkampf bedanken. Wir haben durch die Landesverbände hinweg eine sehr motivierte Partei und Mitgliedschaft erlebt, die sehr engagiert über Wochen und Monate auf der Straße unterwegs war und dafür will ich mich auch bei euch, beim Berliner Landesverband und beim Bezirk Mitte bedanken.

Wie bewertest du das Wahlergebnis der Bundespartei?

Matthias Höhn: Wir können mit dem Ergebnis zufrieden sein, dürfen uns aber mit dem Ergebnis nicht zufriedengeben. Man kann dieses Ergebnis aus drei Perspektiven betrachten, die alle zusammengehören, damit das Bild schlüssig wird. Man kann es in Relation zum Bundestagsergebnis 2009 sehen, dann haben wir ein Minus von 3 % eingefahren. Man kann das Ergebnis in Relation zum Zustand der Partei im letzten Frühjahr sehen, dann haben wir in den letzten 15 Monaten 3 % gewonnen. Und man kann es in Relation zu 2005 sehen, wo wir das erste Mal als Gesamtpartei angetreten sind, wo wir aber durch den Zusammenschluss von PDS und WASG in einer Aufbruchstimmung waren – das damalige Ergebnis haben wir wiederholen können.

Und das Berliner Ergebnis?

Matthias Höhn: Der Landesverband Berlin hat eine sehr gute Vorstellung hingelegt. Mit einem fast stabilen Ergebnis ragt der Landesverband neben allen anderen Landesverbänden, Ost wie West, heraus. Und darauf könnt ihr miteinander stolz sein. Das betrifft das Zweitstimmenergebnis genauso wie die Verteidigung der vier Direktmandate. Ihr habt sogar etwas

geschafft, was sonst kein Landesverband geschafft hat, nämlich die Anzahl der Abgeordneten, die ihr im Bundestag habt, um einen zu erhöhen.

Wie bewertest du das Landtagswahlergebnis in Hessen?

Matthias Höhn: Sehr positiv. Wir sind zum dritten Mal in Folge in den hessischen Landtag eingezogen und konnten sogar die absolute Stimmzahl erhöhen. Diesmal hat sicher auch der gute Bundestrend geholfen. Während in Hessen zur Bundestagswahl 6 % für die LINKE gestimmt haben, haben dies für die Landesebene 5,2 % getan. Damit haben wir in den westdeutschen Flächenländern zumindest den Trend gestoppt, aus den Parlamenten herausgewählt zu werden. Ob wir den Trend umkehren können, wird sich zeigen.

Was sind die Aufgaben für die Zukunft?

Matthias Höhn: In Berlin steht ja der Energie-Volksentscheid bevor, der bereits in Hamburg positiv verlaufen ist. Das Wahljahr 2014 startet mit Kommunalwahlen in Bayern, ansonsten bereiten wir jetzt schon die Europawahl am 25. Mai vor. Am selben Tag stehen auch 10 Kommunalwahlen an. Danach gibt es noch 3 Landtagswahlen im Osten. Unser Hauptaugenmerk liegt jetzt darauf, in der kurzen Zeit ein Programm für die Europawahl aufzustellen, sowie die über 3400 neuen Mitglieder, die seit Anfang des Jahres eingetreten sind, aktiv in die Partei einzubinden und zu halten.

Was sind die größten Herausforderungen bei der Europawahl?

Matthias Höhn: Merkels Europapolitik wird von der Mehrheit der Wähler positiv



Matthias Höhn

aufgenommen und auch europafeindliche Strömungen wie die AfD finden starken Anklang. Wir dürfen nicht den Fehler begehen und denen programmatisch hinterherlaufen. Wir als LINKE kämpfen um die Europäische Union und für ein solidarisches, friedliches Europa. Viele Deutsche glauben, Merkel würde ihnen mit ihrer Politik einen Gefallen tun und ihnen die Probleme der anderen Länder vom Hals halten. Das ist ein großer Irrtum. Merkels Europapolitik riskiert auch hier in Deutschland wirtschaftliche und soziale Sicherheit.

Wir bedanken uns ganz herzlich dafür, dass du dir heute Zeit für uns genommen hast.

Matthias Höhn:
Gern geschehen.

Andreas Böttger

Fortsetzung von Seite 1: **Wellcome Refugees, willkommen Asylsuchende**

zwischen neun Monaten und 70 Jahren willkommen heißen“, betont der 32jährige ehemalige Rettungssanitäter. Der Aufruf der rührigen Moabiterin Diana Henniges „Moabit hilft“ erbrachte bisher rund 150 Kisten mit Kleidung, Spielsachen, Dingen des täglichen Bedarfs für die Flüchtlinge,

die meistens nicht mehr als ihr Leben retten konnten. Der größte Saal des vierstöckigen Hauses wurde durch eine Gipswand in zwei Hälften geteilt: eine für den Deutschunterricht mit fünf ehrenamtlichen Lehrern, die andere als Spiel-, Beschäftigungs- und Lernraum vor allem

für die Kinder und Jugendlichen. DIE LINKE und die Grünen Berlins drängen darauf, dass schnellstens der Umzug aus den Notunterkünften in Wohnungen erfolgen muss. (Mehr auf Seite 5: Menschen in Mitte/Helferin Diana Henniges).

Matthias Herold

Für einen Politikwechsel

Sozial, gerecht, machbar – mit der LINKEN!

In den ersten hundert Tagen wird unsere Fraktion im Bundestag Initiativen einbringen, mit denen wesentliche Schritte zu einem Politikwechsel getan werden könnten. Die Vorschläge umfassen drängende Fragen des Alltags ebenso wie die Bestimmung wesentlicher Ziele für die gesellschaftliche Entwicklung. Ich habe notiert, was aus meiner Sicht besonderes Gewicht hat.

Heinz Grote

Kategorischer Gewaltverzicht der deutschen Außenpolitik

Diese Forderung steht zu Recht am Anfang der Aufgaben. Stichworte u.a.: Keine Auslandseinsätze der Bundeswehr, Abzug aller Soldaten aus Afghanistan, Rüstungsexporte verbieten als ersten Schritt zum generellen Rüstungsverbot.

Reallohnniveau erhöhen, Niedriglohnsektor abbauen

Gesetzlicher Mindestlohn 10 Euro/Stunde. Weiter u.a.: Leiharbeit verbieten, gleicher Lohn für gleiche Tätigkeiten.

Altersarmut abbauen, gleicher Rentenwert Ost und West

Rentenniveau wieder auf 53 Prozent anheben. Rente mit 67 vollständig zurücknehmen, Bis 2017 Rentenwert Ost schrittweise an das Westniveau angleichen. Die niedrigeren Branchenlöhne in Ostdeutschland an das Westniveau angleichen. Damit Lohn- und Renteneinheit herstellen.

Gerechtigkeitswende im Steuersystem

Spitzensteuersatz wieder auf 53 Prozent, Grundfreibetrag auf 9.300 Euro, Millionärssteuer auf große Vermögen.

Für ein Land ohne Armut

Hartz-System überwinden. Erster Schritt - Hartz-IV-Sätze auf 500 Euro erhöhen. Betreuungsgeld abschaffen, Mittel für Ausbau der Kitas nutzen.

Zwei-Klassen-Medizin überwinden

Beiträge zur Gesetzlichen Krankenversicherung werden künftig wieder von Arbeitnehmern und Unternehmern zu gleichen Teilen zu bezahlt. Private Pflegeversicherungen nicht weiter staatlich fördern. Pflegebedürftigkeit muss neu definiert werden. Dem sollen die freiwerdenden Mittel Gestalt geben.

Bezahlbare Wohnungen und soziale Energiewende

Mieterhöhungen ohne Wohnwertsteigerung sind oberhalb der Inflationsrate unzulässig. LINKE erarbeitet Konzept zur Regulierung der Strompreise. Stromabschaltungen unverständlich verbieten.

Mehr Demokratie und Teilhabe

Schlussfolgerungen aus dem NSU-Untersuchungsausschuss sofort umsetzen: Deshalb Bundesprogramme gegen Rechtsextremismus, Antisemitismus und Rassismus dauerhaft finanziell stärken, Spionage von NSA und GCHQ in Deutschland vollständig aufklären und für die Zukunft unterbinden.

Für eine soziale und demokratische Wende in Europa

Deutschland kann dafür zum Motor werden. Keine Bankenrettungspakete, stattdessen ein europaweites Investitionsprogramm, das sozial und ökologisch geprägt ist. Spareinlagen und gewerbliches Kreditgeschäft privater Banken müssen abgesichert werden. Dafür haften Eigentümer und Gläubiger von Banken.

Der vollständige Text kann im Internet unter <http://dokumente.linksfraktion.de/inhalt/fraktion-die-linke-100-tage-programm.pdf> heruntergeladen werden.

Bei anderen gelesen

► Politik ist nicht käuflich

Es ist wie immer in Deutschland: Die CDU arbeitet für die Industrie – die Industrie steht fest an der Seite der CDU. Merkels Strategie: Gegensätze verwischen, Interessen verschleiern, Haltungen vermeiden. Die Interessen der Industrie sind in Deutschland schon lange nicht mehr die der Menschen.

„Der Freitag“, 22.10.2013

► Schwarz-Rote Einheitspolitik

Die Koalitionsverhandlungen sollten scheitern. Die nun angestrebte große Koalition verspricht keinen politischen Aufbruch. Für das Land und die Demokratie wären Schwarz-Grün oder Rot-Rot-Grün immer noch besser. Den Neuanfang, den sich die Mehrheit der Wähler nach vier Jahren schwarz-gelbem Elend erhofft hatte, wird das nicht bringen.

„Die Zeit“, 18.10.2013

► Die verrückteste Behörde der Republik

Jede Beobachtung durch den Verfassungsschutz ist begründungspflichtig, die Beobachtung eines Abgeordneten – das Bundesverfassungsgericht hat in dieser Woche daran erinnert – ganz besonders. Denn jede Beobachtung eines Parlamentariers ist ein Eingriff in die freie Mandatsausübung, eine massive Beobachtung wie im Fall Pau ein massiver Eingriff. Ihr das Recht auf Akteneinsicht mit der Begründung zu verweigern, der Eingriff sei zu intensiv gewesen, um ihn aufzubereiten, verrät Sinn für Humor eines Wahnsinnigen.

„Berliner Zeitung“, 11.10.2013

► Altersarmut in Deutschland steigt

So viele Rentner wie nie zuvor sind auf Grundsicherung angewiesen und bekommen einen Zuschuss vom Staat. Berlin liegt bei der Altersarmut mit Hamburg und Bremen unter den Spitzenreitern. Zusätzlich zu den aufstockenden Rentnern gab es zum Ende des vergangenen Jahres 435.000 Empfänger von Grundsicherung wegen dauerhafter Erwerbsminderung. Das ergab eine Zahl von insgesamt 900.000 Leistungsbeziehern, doppelt so viele wie im Jahr 2003.

„Der Tagesspiegel“, 22.10.2013

Kurznachrichten

► Mit dem „ADAC Postbus“ günstig durch Deutschland

Auf zunächst fünf Strecken startet ab 1. November ein „ADAC Postbus“ in Kooperation mit dem Automobilklub und Deutscher Post zwischen 24 Städten. Von Berlin geht es nach Bremen und Hamburg, nach Hannover, Dortmund und Köln sowie nach Dresden und Leipzig. Die Fahrpreise liegen unterhalb der günstigsten Angebote der Deutschen Bahn. Die Strecke Berlin-Köln beispielsweise ist bereits ab 28 Euro buchbar (www.adac-postbus.de).

► Touristen sind wichtiger Wirtschaftsfaktor

In Berlin gab es im August dieses Jahres 793 Hotels und Pensionen mit insgesamt 131.900 Betten. Dazu kommen elf Campingplätze mit 5.100 Schlafgelegenheiten. Berlin erreichte damit den größten Touristenzuwachs und rückte nach London und Paris auf Platz drei beliebtester Städte Europas. Die Touristen gaben laut „Visit Berlin“ mehr als zehn Milliarden Euro in Berlin aus. Tourismus ist damit ein wichtiger Faktor für die positive Entwicklung der Berliner Wirtschaft in den vergangenen Jahren geworden. Auch Museen, Theater, Clubs und Sightseeing-Attraktionen locken mit günstigen Preisen.

Guter Rat für Bürger!

Sozial- und Mieterberatung

der Linksfraktion in der BVV und des Bezirksvorstandes der Partei DIE LINKE. mit Rechtsanwalt André Roesener:

• **An jedem ersten Mittwoch des Monats** von 17.00 bis 19.00 Uhr im

Nachbarschaftszentrum „Bürger für Bürger“ der Volkssolidarität, Brunnenstr. 145, 10115 Berlin und

an jedem dritten Mittwoch des Monats von 17.00 bis 19.00 Uhr im

Kreativhaus, Fischerinsel 3, 10179 Berlin

• **Jeden Mittwoch im Monat**

kostenlose Beratung zu **Sozialrecht (Hartz IV) sowie Familien-, Miet- und Arbeitsrecht** durch die Rechtsanwältinnen **Karl Schwarz, Michael Groß und Herbert Butter** von 17.00 bis 19.00

(keine Anmeldung erforderlich) im

LinksTreff, Malplaquetstr. 12, 13347 Berlin, Tel.: 28 70 57 51

Menschen in Mitte

Diana Henniges: Sichere und menschliche Zuflucht für Asylsuchende in Moabit!

„Als ich im Internet von der bevorstehenden Eröffnung der neuen Notunterkunft für Flüchtlinge in Moabit las und von den Aufmärschen der Neonazis in Hellersdorf gegen eine solche Einrichtung dort hörte, stand für mich fest: das darf sich in unserem Kiez nicht wiederholen, wir werden die Asylsuchenden aus aller Welt willkommen heißen.“

Eine eindeutige Position von Diana Henniges.

Die 36jährige Anwohnerin schrieb sofort einen Aufruf im Internet: „Wir kriegen neue Nachbarn. Ich wünsche mir sehr, dass wir die hässliche Fratze der Hellersdorfer Vorkommnisse vergessen machen“. Und sie rief auf zu einer Sachspendenaktion für die Flüchtlinge.

Die Reaktion übertraf alle Erwartungen: Bereits nach 24 Stunden füllte Diana Henniges mit freiwilligen Helfern, Freunden und ihrem Ehemann knapp 70 große Schachteln mit Kleidung, Spielsachen, Kosmetika und Lebensmitteln. Nach wenigen Tagen stapelten sich in ihrer Wohnung in der Jagowstraße schon 144 Kartons. „Man brachte uns einen Kühlschrank, Fahrräder, Kinderroller. Die Charité sandte Verbandsmaterial und Pflaster. Sogar aus Amsterdam kam ein Paket mit Babysachen“, berichtet die in Hannover geborene Tochter ungarischer Eltern begeistert. „Unsere Aktion ‚Moabit hilft‘ ist ein voller Erfolg.“

Arbeit am liebsten im sozialen Bereich

Nach Berlin kam die Ehefrau eines in Sachsen geborenen Architekten und Mutter des zweijährigen Janosch zum Studium von Geschichte und Museumskunde. „Am liebsten habe ich aber immer im sozialen Bereich gearbeitet“, gesteht sie. Zur Finanzierung auch ihrer Aktivitäten für alleinstehende Mütter, sozial Schwache und Nachbarn mit Immigrationshintergrund arbeitet sie freiberuflich als Historikerin, Veranstaltungsmanagerin und als Bedienung im Cafe „Mamsellchen“ gleich neben der neuen Notunterkunft für die Flüchtlinge aus Syrien, Irak, Afghanistan, Serbien, Kroatien, Bulgarien und vielen anderen Staaten.



Engagiert für unsere neuen Nachbarn (Foto: M.Herold)

In dem Gebäude des ehemaligen Vermessungsamtes geht sie ein und aus, arbeitet mit dem Leiter vom Arbeiter-Samariter-Bund, Steffen Kühn, eng zusammen. „Die Asylsuchenden - ganze Familien, Jugendliche, Greise - sollen hier vorübergehend eine sichere und menschliche Zuflucht finden“, betont Diana Henniges. „Wir sehen uns als ein Rondell, das Informationen und Hilfeleistungen entgegennimmt und weitergibt und verteilt.“

„Moabit hilft“ soll bis Anfang 2014 ein Verein werden, der sich über die Notunterkunft hinaus für Hilfesuchende insgesamt in Moabit engagiert. „Auch dafür erhalten wir viel ehrenamtliche Unterstützung, so von einem Notar und von Organisationen“, freut sich die viel Freundlichkeit und Optimismus ausstrahlende Frau. Unterstützen wir sie, so gut wir können! Sie ist erreichbar über diana.henniges@web.de.

Matthias Herold

Stadtspaziergänge mit kritischem Blick**Sichtbar ist das Erinnern**

Am nördlichen Rand vom Koppenplatz steht seit 1996 eine noch in DDR-Zeiten ausgelobte Bronzeskulptur:

Ein Tisch, zwei Stühle, einer scheint wie in Eile umgeworfen. Gedichtzeilen von Nelly Sachs umranden das metallene Parkett. Ein Kind fragt, ob hier gegessen wird und klettert auf den Stuhl. Das lauschige Ensemble regt zur Nachfrage an. Auch über jene Nacht von Mittwoch auf Donnerstag, vom 9. auf den 10. November 1938. Da war es kühl, neblig, regnerisch, Temperaturen am Gefrierpunkt, am Tage etwa 10 Grad.

Diese Nacht heißt „Kristallnacht“, war der November-Pogrom. Junge Männer zerstörten systematisch, brandschatzten, plünderten, massakrierten und verschleppten. Am Tage knirschten Glasscherben. Seither gibt es auch in der Kleinen Auguststraße kein jüdisches Bethaus mehr, dafür ein Wandbild. Mitsamt der Erinnerung an die Synagoge ist die ehemalige Kaiserstraße verschwunden. Geparkt

wird, wo die Reformsynagoge Johannisstraße stand. Vergessen auch die Synagoge mit fünf Betstuben in der Grenadier-, heute Almstadtstraße. Vor dem alten Friedhof in der Großen Hamburger Straße stand seinerzeit ein jüdisches Altenheim, den Grundriss markieren Bodenlinien, das Frauendenkmal, Entwurf für das KZ Ravensbrück, trägt Steine und Blumen. Nur das im Sommer gefügte Wandmosaik ignoriert die Zeitgeschichte.

Die Touristen stolpern über kleine Messingtafeln mit Namen, Geburtsdaten und Orten der Ermordung jener, die einst auf den gleichen Bürgersteigen spazierten. Gerade wohnte ein schmutziger Obdachloser mit seiner Habe auf zwei Bänken am Koppenplatz. Vor 75 Jahren wäre er als Asozialer deportiert worden. Eilige Tourguides reden vielsprachig über gewesenes jüdisches Leben und übersehen, dass eine neue jüdische Gegenwart nicht mehr nur in der Oranienburger- und Tucholsky-, sondern auch in der Brunnen-,



„Der verlassene Raum“ von Karl Biedermann

Karl-Liebknecht- und Schlegelstraße institutionalisiert ist. Es wird gelernt und gebetet. Der Kindergarten wird wegen der jungen Jüdinnen und Juden aus aller Welt nicht lange reichen. Am 9. November 1989 unterlag das bisher übliche historische Gedenken der Freude über den Mauerfall, am 9. November 1919 war in Berlins Mitte Revolution. Die Geschichte ist immer konkret.

Irene Runge

Filmgalerie: Umzug in die Invalidenstraße**Die Filmgalerie 451 ist umgezogen**

Mit dem neuen Laden hat die Videothek nicht nur ihren Standort verändert, sondern auch einen Teil ihres Namens. Sie heißt nun schlichtweg „Filmgalerie“ und befindet sich in der Invalidenstraße 148.

Das Internet vergisst nichts. Dies wird wieder einmal klar, wenn man im Netz nach der Filmgalerie 451 sucht. Unter diesem Namen finden sich zwei Einrichtungen in Berlin, ein Filmlabel mit angeschlossenem Film- und Videoverleih und eine klassische Videothek. Während erstere ihren Videoverleih schlichtweg einstellt (Lapidare Erklärung: „Seit Oktober 2013 gibt es keine 451-Videotheken mehr.“) ist die andere einfach nur umgezogen. So oder so zeigt sich – die Videoverleiher sind in Bewegung geraten, sie befinden sich insgesamt auf dem Rückzug.

Für die übriggebliebene Filmgalerie heißt das seit 1. Oktober: weniger Ladenfläche, denn die Mieten am alten Standort in der Torstraße 231 waren einfach zu hoch. In den neuen Räumlichkeiten fehlt nun nicht nur der Stuck an der Decke, sondern auch die Zahl im Namen, da es ständig Verwechslungen mit dem Filmlabel gegeben habe (siehe oben).

Seit 2001 ist die Filmgalerie in Berlin und für ihre riesige Sammlung bekannt. 23.000 Filme auf VHS, DVD und Blu-ray sind im Angebot; der Situation der Verleiher entsprechend ist die Kategorie „Drama“ mit über 9.000 Titeln am besten gefüllt. Langsames Spartenkino, wie etwa Tarkowskis „Stalker“, findet sich hier ebenso wie massentaugliche Actionkracher à la „Transporter 3“. Natürlich darf auch

der ehemalige Namenspate, Ray Bradburys „Fahrenheit 451“, nicht fehlen. Der Inhaber Silvio Neubauer beschränkt sich auch weiterhin nur auf den Verkauf und Verleih von Videos. Das Anbieten von Süßigkeiten an der Ladentheke – diese Tankstellen-Logik überlässt er anderen, erst recht, seit weniger Fläche zur Verfügung steht.



Die Filmgalerie – Rettung an trüben Herbstabenden (hier die alten Räume in der Torstraße)

Der Beliebtheit der Filmgalerie tut das keinen Abbruch, wie zahlreiche Blogbeiträge von Mitte-Bewohnern beweisen. Die Öffnungszeiten der Filmgalerie sind Montag bis Samstag von 12 bis 24 Uhr, Sonntag von 14 bis 24 Uhr. Weitere Informationen unter www.filmgalerie-berlin.de.

André Ullmann

Eine späte aber gute Lösung

Neue Bänke für den Herbstspaziergang auf der Fischerinsel

Eine sichere Bank, aber es könnte auch heißen: nicht auf die lange Bank schieben!

Vor über einem Jahr beim Sommerfest der Linken im Kreativhaus wurde ich von mehreren Bewohnern der Fischerinsel zu einem kleinen Spaziergang gebeten - einmal rund um die Insel - auf dem Weg direkt am Wasser. Einer der schönsten Orte in der Stadt mit romantischem Blick auf die Spree. Dabei musste ich leider feststellen, dass an diesem Ort mit so hoher Aufenthaltsqualität nur noch drei bis vier in die Jahre gekommene Parkbänke, fast alle ohne Lehne, standen. Bei schönem Wetter trotzdem immer voll besetzt und begehrt. Aber ausgerechnet da, wo der Blick auf das Wasser am allerschönsten ist, war keine Sitzgelegenheit mehr.

Es leuchtete mir natürlich ein, dass hier etwas passieren muss - eine klassische Alltagsaufgabe für gewählte Abgeordnete. Also begann meine Suche nach einer schnellen Lösung. Wem gehören die Grundstücke? Wer ist für die Pflege der Grünflächen zuständig? Wer darf hier neue Bänke aufstellen? Und wer wird neue Bänke dort, wo sie wirklich gebraucht werden, finanzieren?

Das Bezirksamt Mitte verwies auf chronischen Geldmangel. Die WBM versprach zu prüfen und begab sich dann aber lieber in einen ärgerlichen Streit um die angedrohte Schließung der Müllabwurfanlagen auf der Fischerinsel 2.

Viele andere Institutionen konnten auch nicht helfen, und das Folgejahr verging ohne die Möglichkeit, einen schönen Sommerabend im Freien am Wasser zu verbringen.

Dann, ganz unerwartet, gab es doch eine Lösung. Der Stadtentwicklungssenator wusste um die Schönheit des Ortes und versprach, noch einmal zu prüfen. Auch die Bitte, ob die Bänke um die ganze Insel herum auch möglichst in einem angenehmen Farbton gestrichen werden können, nahm er entgegen.

Seit Mitte Oktober gibt es nun diese rund 20 neuen Parkbänke (mit Lehnen natürlich) in einem schönen Dunkelgrün, mit Augenmaß aufgestellt.

Ich war an einem Morgen auf der Fischerinsel und habe mich einfach über die späte aber gute Lösung gefreut. Am Nachmittag bin ich noch einmal den Weg abgefahren, ob auch wirklich genug Bänke aufgestellt worden sind. Alle waren voll besetzt!



Für DIE LINKE im Abgeordnetenhaus:
Carola Bluhm

Einen besseren Beweis für die Sinnhaftigkeit eines Wählerauftrages hätte es nicht geben können. Es hat sehr viel Zeit gebraucht, aber es ist nicht auf die (ganz) lange Bank geschoben worden. Dabei weiß ich natürlich auch, dass es im Bezirk noch viele andere Orte gibt, wo auch neue Bänke von den Spaziergängern erwartet werden. Neue Aufgaben, es geht weiter.

Carola Bluhm

Taubblinde fordern ihre Rechte

Menschen, die weder hören noch sehen können, haben zum ersten Mal am 4. Oktober in Berlin für mehr Rechte demonstriert.

Bundesweit gibt es ca. 2.500 bis 6.000 taubblinde Menschen, die nicht angemessen mit Hilfsmitteln und Assistenzleistungen versorgt werden.

Dem Aufruf der Bundesarbeitsgemeinschaft der Taubblinden und des Deutschen Blinden- und Sehbehindertenverbandes sowie des deutschen Diakonie-Bundesverbandes zu

dieser Aktion waren 400 bis 600 Personen gefolgt, darunter Delegationen des Blinden- und Sehbehindertenverbandes aus den Bundesländern, die sich mit den Taubblinden solidarisierten. Die Teilnehmer hatten sich während des Marsches schwarze Luftballons ans Bein gebunden, womit sie angekettete Eisenkugeln symbolisierten, um zu zeigen, dass Taubblindheit wie Isolationshaft wirkt, wenn die nötige Unterstützung fehlt.

Die Demonstranten, die von Betreuern begleitet wurden, gingen als „schweigende Menschenkette“ vom Platz der Republik am Reichstag zum Potsdamer Platz, wo der Protest - von den Taubblinden dargestellt - mit einer „Insel der Isolation“ endete. Seit 2007 besteht die Forderung, dass die Betroffenen ein spezielles Zeichen „TbI“ im Schwerbehindertenausweis erhalten, womit sie bei Behörden schneller belegen können, dass sie besondere Hilfsmittel und Assistenz

benötigen. Das wurde bisher nicht erfüllt. Es war bemerkenswert, mit welcher Leidenschaft die Behinderten um ihre Rechte kämpften. Umso bedauerlicher ist die Ignoranz der staatlichen Vertreter gegenüber diesen schwächsten Menschen der Gesellschaft und ihren Rechten.

Dora Schmidt



Protest am Potsdamer Platz

Die Linke – Fraktion in der BVV

Die Sprechzeiten im Fraktionsbüro finden

jeden Mittwoch von 09.30 – 11.30 Uhr
und am ersten Montag von 16.30 bis 18.00 Uhr

im Rathaus Mitte, Karl-Marx-Allee 31,
10178 Berlin, Raum 114 statt.

Telefon. 901 82 45 65

Das ist das Letzte

Wir wollten Vattenfall den Stecker ziehen. Nun jubelt der Senat: „Denkste!“

Aber nur leise. Um den Volksentscheid zu erzwingen, ging das Begehren voraus. Da hatten schon 227.748 Berliner dem Senat ein blaues Auge verpasst. 63% der Berliner waren in Umfragen dafür, dass unsere saten Stromtarife nicht einen schwedischen Konzern mästen. Eigene Stadtwerke bringen mehr Ökologie, mehr Mitsprache und mehr Gemeinwohl bei der Gewinnverteilung. Das verscherbelte Tafelsilber der BEWAG soll zurückgekauft werden, wie das andere Städte auch machen.

Mit 25% Wählerbeteiligung wäre das auch hier zum Senats-Auftrag geworden. Statt dessen waren aber „nur“ 24,1% an der Abstimmung beteiligt. Von denen haben in Berlin-Mitte 87,1%, in Charlottenburg-Wilmersdorf 80,2%, in Neukölln 84,3% und in Friedrichshain-Kreuzberg 92,9 mit „JA“ für ein neues Energiegesetz gestimmt. Wenn das keine Ohrfeige für den Senat ist!

Und was hat der Senat nicht versucht, diese Initiative von über 50 Verbänden zu torpedieren: Wowerit und Henkel verhindern die Kombination mit der Bundestagswahl. Die Hamburger kamen so zum Sieg! Der Senat hatte öffentlich trompetet mit „Nein“ zu stimmen. Zuletzt wurde noch die Pappkulisie eines ökologischen Stadtwerkchens bei den Wasserbetrieben errichtet. Mehr Intrigen waren kaum machbar.

Übrigens: Wenn in einem Schurkenstaat eine Abstimmung erfolgt, wo der Bürgerbewegung nur 0,9% zum Sieg fehlen, dann fordern alle Meinungsmacher hierzulande eine Nachzählung unter UNO-Aufsicht! Aber wir sind ja kein Schurkenstaat, trotz aller Schurkenstreiche. Vattenfall nutzt seine Stromkabel weiter als Goldader. Aber es wird viel Isolierband kosten, das aufmüpfige Volk an die alten Tarife zu fesseln! Der Stecker von Vattenfall hat jetzt einen Wackelkontakt!

Arthur Paul

DIE LINKE. Berlin-Mitte im Internet!

► www.dielinke-berlin-mitte.de

Aktuelle Informationen des Bezirksverbandes DIE LINKE in Berlin-Mitte sowie die »mittendrin« zum Herunterladen.

DIE LINKE. BVV-Fraktion Berlin-Mitte im Internet!

► www.linksfraktion-berlin-mitte.de

► Bezirksverband Mitte - Facebook

Die Aktivitäten der Fraktion DIE LINKE in der BVV Mitte - immer auf dem neusten Stand.

Bullshit oder Nonkonform?!

Herausforderungen für Subkultur in Berlin-Mitte

Berlin hat kein Zentrum. Die Stadt hat mehrere. Und doch gibt es so etwas wie das Herz der Metropole, wo die antiken Bauten, historischen Plätze und politischen Organisationen sich befinden – Berlin-Mitte.

Doch welcher Berliner, welche Berlinerinnen, die nicht dort wohnt oder arbeitet, 'erlebt' diese

harrt. Ein Los, welches sich an vielen Stellen wiederholt.

Doch es gibt sie auch noch heute, die Freiräume für Renitenz und Subkultur in Berlins Mitte, in denen es um mehr als Prestige & Knete geht: Um Kunst, Kultur, politisches Engagement und um eine offene und solidarische Stadt. Zum Beispiel im Haus



Trotz Umzug in die Schönhauser Allee - das BAIZ bleibt erhalten

Mitte für sich? Nicht wenige behaupten, Berlins Mitte sei für sie oder ihn gestorben, habe als Lebensbereich nie existiert. Zu viel Tourismus, Kommerz, Fassade, zu wenig Charakter.

Und natürlich ist Berlins Mitte, wie in jeder anderen Großstadt, zum Hauptspielplatz des Kapitals geworden. Stichwort Gentrifikation, jeder kennt das inzwischen. Kiezkultur und nachbarschaftliche Netzwerke werden zurück gedrängt und aufgelöst. Zugunsten kommerzieller Angebote ausgewechselt. Exemplarisch für Mittes Gegenkultur stand seit 1990 das Kunsthaus Tacheles in der Oranienburger Straße, welches 2012 nach jahrelangem Kampf final geräumt und abgewickelt worden ist und seither seiner Investitionsverwendung

Schwarzenberg, im Naherholung Sternchen, in der Kulturfabrik Moabit, im Schokoladen und Ackerstadt Palast, um nur einige zu nennen.

Und manchmal gibt es obendrein auch eine Erfolgsgeschichte zu berichten: Das BAIZ, ebenfalls feste Institution der alternativen Club- und Kneipenszene von Berlins Innenstadt, hat durch glückliche Umstände neue Räume in unmittelbarer Nähe der bisherigen Adresse gefunden. In der Schönhauser Allee/Ecke Wörther Straße wird demnächst das Programm weiter geführt, welches in der Vergangenheit durch Vertragskündigung und Räumung bedroht gewesen ist: „Kein Bex, kein Latte, kein Bullshit“, sondern bunt und fair in und für Berlins Mitte. **Andreas Wiebel**

Impressum:

Bezirksvorstand Berlin-Mitte
der Partei DIE LINKE

Geschäftsstelle:

Kleine Alexanderstr. 28, 10178 Berlin
Telefon 24 009 336/204, Fax: 24 009 337

E-Mail-Adresse:

info@die-linke-berlin-mitte.de

Internet: www.dielinke-berlin-mitte.de

V.i.S.d.P.: Thilo Urchs

Satz + Druck:

R. Metzler/Druckerei Bunter Hund, Berlin

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Eine Parallelität zwischen grammatischem und natürlichem Geschlecht (Genus und Sexus) besteht nicht. Bezeichnungen mit der Endung -innen werden deshalb nur verwendet, wenn ausschließlich von weiblichen Personen die Rede ist.

Redaktionsschluss: 29.11.2013

Ausgabetag für Nr. 12/2013 - 05.12.2013

Wir gratulieren im November zum Geburtstag!

- Zum 103. Elfriede Brüning
- zum 92. Hans Herzberg
- zum 90. Erna Driehaus, Leo Hesse,
Robert Ibe
- zum 88. Hildegard Morgenstern,
Helmut Rädler
- zum 87. Günter Gumpel,
Harry Scharfschwerdt
- zum 86. Edith Mikut, Waltraud Starke
- zum 85. Kurt Bernheier, Rainer Kerndt,
Gerhard Liebold, Jutta Nesler
- zum 84. Lothar David, Dina Lask, Irma Voß,
Magdalena Hammerschmidt,
Rosemarie Walther
- zum 83. Heinz Fuhrmann
- zum 81. Rudolf Müller, Joachim Neef
- zum 80. Hannelore Gürnth, Klaus Höpke
- zum 75. Günter Heimann, Bärbel Siegmund